

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Finnlands Präsident und Norwegens Regierungschef sprechen mit Putin](#)
2. [Die Belagerung von Taybeh: Wenn die Heimat zur Hölle wird](#)
3. [Ulrike Guérot: „Die Wut der Franzosen ist ungeheuer groß“](#)
4. [Anthropic: Eine Maschine für Staatsmacht, Kriege und Kontrolle](#)
5. [Geheimdienstreform: Ein neues Zeitalter der Überwachung](#)
6. [Lulas historische Aufholjagd: Wie und wo er die Wahl doch noch gewann](#)
7. [US-Offensive gegen Kuba vor UN-Abstimmung gegen Blockade](#)
8. [„Keine Abkopplung von China“](#)
9. [Knapp über der Grenze](#)
10. [Google rodet Wald und treibt Wölfe in finnische Dörfer](#)
11. [Die digitale Brieftasche kommt](#)
12. [Wer keine Identifikations-App nutzen kann oder will, könnte zwangsweise Organspender werden](#)
13. [Der Vibe Shift hat jetzt ein Magazin](#)
14. [Ominöse "Ösi-Agentur" bot AfD Wahlkampf im Jörg-Haider-Stil an](#)
15. [Wie möchten wir leben?](#)

**Vorbemerkung:** Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

#### 1. **Finnlands Präsident und Norwegens Regierungschef sprechen mit Putin**

Neunzig Minuten sprachen Finnlands Präsident und Norwegens Premierminister mit Wladimir Putin über ein Ende des Ukrainekrieges. Andere EU-Länder wussten davon

nichts.

Die Staats- und Regierungschefs von Finnland und Norwegen haben erstmals mit Wladimir Putin über den Ukrainekrieg gesprochen. Vor den geplanten Dreiergesprächen von Russland, der Ukraine und den USA in Abu Dhabi, hätten sie dem russischen Präsidenten »direkt« Botschaften übermitteln wollen, »die zur Beendigung des Krieges beitragen sollen«. Dies teilten Finnlands Präsident Alexander Stubb und Norwegens Regierungschef Jonas Gahr Støre nach einem neunzigminütigen Telefonat gemeinsam mit.

Das Gespräch sei offen und inhaltlich fundiert gewesen, sagte Stubb. »Der Ausgang dieses Krieges wird direkte Folgen für unsere Sicherheit und darüber hinaus für die Sicherheit Europas haben«, teilte er weiter mit. Russland sei ein Nachbarland der beiden Staaten. Auch über das gemeinsame Interesse an einer berechenbaren Lage in der Ostseeregion sei gesprochen worden.

Quelle: [Zeit Online](#)

dazu: **Gelegenheit genutzt**

Die Europäer haben sich in einer Sackgasse manövriert, wenn es darum geht, eine Lösung für den Krieg in der Ukraine zu finden. Sie haben die ukrainische Position bedingungslos unterstützt, die eine Maximalistenposition ist, und das macht sie ungeeignet, als Vermittler bei der Verhandlung eines Kompromissabkommens zu agieren.

Der norwegische Ministerpräsident und die finnische Präsidentin haben nun die Gelegenheit genutzt, die durch das Treffen zwischen Witkoff und Selenskyj vergangene Woche in Norwegen entstanden ist, um einen Versuch zu unternehmen, Russland in einen Dialog einzubeziehen.

Die Europäische Union – und tatsächlich die Europäer im weiteren Sinne, einschließlich des Vereinigten Königreichs – haben bisher versäumt, eine Entscheidung darüber zu treffen, wer mit Russland sprechen soll, wann solche Gespräche stattfinden sollten, welche Themen besprochen werden sollen und in welcher Form sowie über welche Kanäle diese Diskussionen geführt werden sollten. Das kürzliche Telefonat mit Putin ist daher zweifellos ein Versuch, einen Rahmen und einen Kanal für den Dialog zu etablieren, insbesondere da Wladimir Putins außenpolitischer Berater Juri Uschakow erst am 25. Oktober erklärt hat, dass jede Lösung des Krieges zwingend Gespräche mit den Europäern erfordern würde.

Quelle: [Gerhard Mangott via Twitter/X](#)

dazu auch: **Albrecht Müller: USA würden andere Russland-Politik Deutschlands nicht blockieren**

Russland sei von den Deutschen seit den Nationalsozialisten immer als eine bedrohliche Macht wahrgenommen worden. Albrecht Müller glaubt, dass diese Zuschreibung auch heute noch die Politik prägt.

Der frühere SPD-Politiker und Publizist Albrecht Müller analysiert im Interview mit World News Monitor die weitverbreiteten anti-russischen Ressentiments in der deutschen Gesellschaft. Die Feindbilder aus der Zeit des Nationalsozialismus wirkten heute noch nach und spuken noch heute in den Köpfen herum. Auch Bundeskanzler Friedrich Merz falle es offenbar auch im höheren Alter noch schwer, sich „aus dieser ideologischen Umklammerung zu lösen“.

Quelle: [World News Monitor](#)

### und: **Die Angst vor dem Frieden**

Wenn ein Land wie Deutschland ganz auf Kriegswirtschaft umgestellt wird, erscheint Entspannungspolitik als Risiko für den Standort.

Was bedeutet es, wenn Deutschland seine Wirtschaft zunehmend auf Rüstungsproduktion ausrichtet? Haben sich die Bürger darüber schon einmal ernsthaft Gedanken gemacht? Wenn immer mehr Arbeitsplätze, Unternehmensgewinne und ganze Industriestandorte von militärischen Aufträgen abhängen, entsteht eine moralisch höchst bedenkliche Situation: Frieden und internationale Entspannung könnten wirtschaftliche Probleme verursachen, während militärische Spannungen und die Angst vor Kriegen die Auftragsbücher füllen. Müssen wir irgendwann darauf hoffen, dass die Welt unfriedlich bleibt, damit unsere Wirtschaft floriert? Soll ausgerechnet das Geschäft mit Waffen und Munition zum Rettungsanker einer schwächelnden deutschen Industrie werden? Eine solche Entwicklung wirft Fragen auf, die weit über Wirtschaftswachstum, Verteidigungsausgaben und Arbeitsplatzsicherung hinausgehen. Es geht um den moralischen Kompass einer Gesellschaft, die nach zwei Weltkriegen eigentlich wissen sollte, wohin Militarisierung führen kann.

Quelle: [Manova](#)

## 2. **Die Belagerung von Taybeh: Wenn die Heimat zur Hölle wird**

Während die internationale Gemeinschaft über das Westjordanland debattiert, kämpft das christliche Dorf Taybeh gegen brutale Siedlergewalt und die drohende Vertreibung von seinem historischen Land. Der Fall zeigt eindringlich, wie der oft verschwiegene Antipalästinensismus das universelle Heimatrecht der Menschen vor Ort systematisch untergräbt.

Das palästinensische Dorf Taybeh nahe Ramallah – bekannt als der letzte rein christliche Ort im Westjordanland – steht im Zentrum einer eskalierenden Welle von

Siedlergewalt und systematischer Verdrängung. Während internationale Debatten permanent um das legitime Thema Antisemitismus kreisen, bleibt eine andere Form des Hasses in der medialen Wahrnehmung oft im Schatten: der Antipalästinensismus. Für die rund 1.200 christlichen Bewohner von Taybeh geht es dabei um nichts Geringeres als um ihr historisches Heimatrecht.

Quelle: [Globalbridge](#)

### 3. **Ulrike Guérot: „Die Wut der Franzosen ist ungeheuer groß“**

Die Proteste in Frankreich sind durch die Repression der Regierung nicht mehr zu unterdrücken. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot sieht die Gefahr eines Bürgerkriegs.

Die deutsch-französische Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot erklärt im Interview mit World News Monitor die Gründe der jüngsten Proteste in Frankreich. In ihrem neuen Buch entwirft sie ein Szenario, wie es mit Europa weitergehen könnte. Bevor es einen Neuanfang geben kann erwartet sie „Jahre der Unruhe – ähnlich wie nach dem Zerfall der Sowjetunion“.

Frankreichs Regierung hofft, mit einem am Montag angekündigten Paket wenigstens die Studenten zu besänftigen. Nach Angaben des französischen Bildungsministeriums sollen bis zu vier Milliarden Euro an vergünstigten Krediten für die Sanierung von Gymnasien sowie eine weitere Milliarde Euro für die Modernisierung von Hochschulen locker gemacht werden. Außerdem soll das umstrittene Hochschulzulassungssystem Parcoursup bis 2028 ersetzt werden.

Quelle: [World News Monitor](#)

dazu auch: **Jugendproteste: „Der Funke ist nach Deutschland überggesprungen“**

Der Aufruf zu den Protesten wendet sich unter anderem gegen die Wehrpflicht. Man wolle nicht für Kriege ausgebildet werden, über die man nie mitentschieden habe.

Quelle: [World News Monitor](#)

und: **Hinter den Unruhen verbirgt sich bereits Europas nächste Krise**

Wie konnte es so weit kommen? Das liberale Establishment in Paris und Brüssel hat sich völlig von den einfachen Bürgern entfremdet. Seine Agenda ist für die Gesellschaft gänzlich irrelevant. Nachdem die EU eine starre „Konfrontation mit Russland“ auf Kosten des Wohlstands und der Entwicklung der eigenen Bevölkerung durchgesetzt hat, bietet sie ihren Bürgern keinerlei tragfähige Ideen für deren Überleben.

Quelle: [RT DE](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** Eine interessante Analyse, die zumindest zur Kenntnis genommen werden könnte.

#### 4. **Anthropic: Eine Maschine für Staatsmacht, Kriege und Kontrolle**

Der Börsenprospekt von Anthropic legt offen, wie eng das Unternehmen mit staatlicher Macht und militärischer Nutzung verbunden ist. Kontrolliert wird das Projekt von einer ganz kleinen Gruppe. Transparenz ist kaum gegeben.

Der Entwickler des KI-Systems Claude reichte am 26. Oktober 2026 sein S-1 bei der amerikanischen Börsenaufsicht SEC ein. Die Aktien sollen unter dem Kürzel ANT an der Nasdaq gehandelt werden. Aktienzahl und Ausgabepreis stehen noch nicht fest. Reuters berichtete im September unter Berufung auf mit den Plänen vertraute Personen, Anthropic könne bis zu 100 Milliarden Dollar einsammeln und dabei mit rund zwei Billionen Dollar bewertet werden. Mitte Oktober diskutierten einige bestehende und mögliche Investoren laut Reuters eher über rund 1,5 Billionen Dollar. Im Prospekt selbst sind weder Emissionsvolumen noch Bewertung festgelegt.

Quelle: [World News Monitor](#)

#### 5. **Geheimdienstreform: Ein neues Zeitalter der Überwachung**

Die Bundesregierung plant für BND und Verfassungsschutz neue Überwachungsmöglichkeiten. Selbst auf der Therapeuten-Couch sollen die Behörden mithören.

Die schwarz-rote Bundesregierung will aus den deutschen Nachrichtendiensten „echte Geheimdienste“ machen, daraus machten sowohl Bundeskanzler Friedrich Merz als auch Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) keinen Hehl. Die Kritik an den Plänen fokussiert sich bisher hauptsächlich auf die „operativen Befugnisse“, die Bundesnachrichtendienst (BND) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erstmals bekommen sollen: hacken, sabotieren, durchsuchen. Deutlich weniger Aufmerksamkeit bekommt die ebenfalls vorgesehene Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten.

Quelle: [taz](#)

**Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Unfassbar, aber immer wieder mit denselben Begründungen: Extremismus, Terrorismus und die hybride Bedrohung durch Russland. Die hybride Bedrohung müsste man glatt erfinden, wenn es sie nicht schon gäbe. Und die Überwachung der Überwacher soll gleichzeitig eingeschränkt werden. Eine liberale, echte Demokratie wird man unser Land nicht mehr nennen können, wenn ein solches Gesetz verabschiedet worden ist.

#### 6. **Lulas historische Aufholjagd: Wie und wo er die Wahl doch noch gewann**

Seit der Militärdiktatur hat niemand nach einem Rückstand im ersten Wahlgang die Stichwahl gewinnen können. Lula ist das nun gelungen. Ein Erklärungsversuch in Karten und Grafiken.

Am Sonntagabend um 20:24 Uhr in Brasília, in Wien war es da schon 0:24 Uhr,

überholte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva in der Auszählung seinen Herausforderer Flávio Bolsonaro. Nur knapp 15 Minuten davor, gegen 20:10 Uhr, lag Bolsonaro noch rund einen Prozentpunkt, ca. 350.000 Stimmen, vorn. Vieles deutete darauf hin, als würden die 80 Prozent Siegchancen, die Wettplattformen wie Kalshi oder Polymarket, Bolsonaro noch am Tag vor der Wahl geben, Recht behalten. Wie wurde also aus einem Rückstand von 2,2 Millionen Stimmen im ersten Wahlgang ein Vorsprung von 4,4 Millionen in der Stichwahl?

Quelle: [der Standard](#)

dazu auch: **Bolsonaro flieht zu Trump in die USA**

Nach seiner Wahlniederlage lässt Flavio Bolsonaro eine Frist des Obersten Gerichtshofs verstreichen. Nun sind seine Pässe annulliert – und er offenbar auf dem Weg zu Trump.

Der brasilianische Senator Flavio Bolsonaro hat einem Insider zufolge nach seiner Niederlage bei der Präsidentenwahl Brasilien in Richtung USA verlassen. Ein Vertrauter des Senators bestätigte am Dienstag gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters einen entsprechenden Medienbericht. Aus US-Kreisen heißt es, der Politiker befinde sich an Bord eines Flugzeuges mit Ziel USA. Man wolle ihm und seiner Familie Visa geben.

Quelle: [t-online](#)

und: **Brasilien: Spekulanten setzen Lula unter Druck**

Geplatze Wetten auf einen Sieg Flávio Bolsonaros haben Brasiliens Real einbrechen lassen und den Druck auf Lulas Haushaltspolitik erhöht. Bolsonaro ist in die USA geflohen, gegen ihn wird wegen Geldwäsche ermittelt.

Quelle: [World News Monitor](#)

## 7. **US-Offensive gegen Kuba vor UN-Abstimmung gegen Blockade**

Treffen der US-Botschaft bei der UN mit "exilkubanischen Terroristen". USA setzen Staaten vor Abstimmung unter Druck. Kuba bestreitet Vorwurf, Söldner in die Ukraine zu entsenden

In einer Pressekonferenz hat der Außenminister Kubas, Bruno Rodríguez Parrilla, am Mittwoch eine teilweise geheim geführte Kampagne der US-Regierung gegen Kuba offengelegt. Demnach kam es am 19. Oktober auf informelle Einladung des UN-Botschafters der USA, Mike Waltz, zu einem Treffen im UN-Gebäude, das offenbar gegen die Gepflogenheiten, Normen und Verhaltensregeln bei der Nutzung von Ressourcen im UN-Hauptquartier verstieß.

Quelle: [amerika21](#)

## 8. **„Keine Abkopplung von China“**

Mit Blick auf die zunehmenden Handelskonflikte zwischen der EU und China bemüht sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf seiner letzten Chinareise im Amt, eine weitere Eskalation der Spannungen zu verhindern. China ist dabei, seine Ausfuhren in die EU und insbesondere auch nach Deutschland in mehreren Branchen massiv zu steigern. Dies betrifft vor allem Hybridautos, aber auch Chemikalien und Maschinen. Damit werden chinesische Unternehmen zur Konkurrenz für deutsche Firmen auf deren Heimatmarkt. Die EU hat begonnen, Abwehrmaßnahmen einzuführen. Sie gerät damit in wachsendem Maß in Konflikt mit der Volksrepublik. Das wiederum liegt nicht im Interesse der deutschen Industrie, die inzwischen in mancherlei Hinsicht von Standorten in China abhängig ist, will sie im globalen Maßstab nicht zurückfallen. EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič ist es kürzlich gelungen, für Hybridautos einen Abgleich zwischen Brüssel und Beijing zu erzielen, der geeignet ist, die Eskalation des Handelskonflikts abzuwenden. Einem Bericht zufolge sind Experten schon Mitte des Jahres zu dem Resultat gekommen, einen offenen Handelskrieg gegen China würde die EU verlieren.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

#### 9. **Knapp über der Grenze**

Die Bundesregierung kürzt das Wohngeld. Ihre eigenen Zahlen zeigen, bei wem das Geld geholt wird.

Wer in Deutschland nur über ein geringes Einkommen verfügt, kann Wohngeld beantragen. Dabei handelt es sich um eine staatliche Leistung, die nur bekommen kann, wer keine sonstigen Leistungen wie etwa Bürgergeld erhält. 2025 nahmen das etwa 1,3 Millionen Haushalte in Anspruch. Besonders häufig erhalten Rentner Wohngeld und auch Heimbewohner machen einen relevanten Anteil aus. Jetzt steht, wie in so vielen Bereichen, eine Reform durch die Bundesregierung an. Es soll gespart werden, vor allem dadurch, dass Mietsteigerungen nicht mehr mit eingepreist werden. Leidtragende sind mal wieder die ärmsten der Armen, denn Wohngeld beantragt sowieso nur, wer kaum über die Runden kommt.

Quelle: [Günther Burbach auf Manova](#)

#### 10. **Google rodet Wald und treibt Wölfe in finnische Dörfer**

Google muss den Bau eines Rechenzentrums in Finnland wohl vorerst stoppen. 250.000 Bäume sind ohne Genehmigung entfernt worden.

Der US-Konzern Google will unter anderem in Finnland Rechenzentren für KI-Kapazitäten errichten. Aus diesem Grund hat das Unternehmen bereits 250.000 Bäume gefällt. In Muhos befindet sich anstelle eines Waldes nun eine 330 Hektar große Fläche aus Schlamm und Fels. Google darf erst einmal nicht weiterbauen. Laut Informationen des Guardians wurden die Bäume ohne Genehmigung entfernt. Berichten lokaler Dorfbewohner zufolge fließt in Muhos braunes Wasser in den Bächen

und Flüssen der Gegend. Auch seien in menschlichen Siedlungen Wölfe gesichtet worden, nachdem Google ihren natürlichen Lebensraum abgerissen habe. "Wölfe sind ins Dorf gekommen, weil alle Wildtiere den Wald verlassen haben", sagt eine Dorfbewohnerin dem Guardian.

Quelle: [Golem](#)

#### 11. **Die digitale Briefftasche kommt**

Mit dem Digitale Identitätengesetz wird die rechtliche Grundlage für die Nutzung der -Wallet in Deutschland geschaffen. Die digitale europäische Briefftasche wird es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich zuverlässig und sicher online auszuweisen.

Quelle: [Handytick](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** Tobias Riegel hatte [hier](#) u.a. darauf hingewiesen, dass der schwarz-rote Koalitionsvertrag der Kontrolle und der Zensur diene und „Verschwörungstheorien“ wahr werden. Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut [Google, Bundesregierung und WHO arbeiten an einer globalen digitalen Identität](#) mit einer Anmerkung.

#### 12. **Wer keine Identifikations-App nutzen kann oder will, könnte zwangsweise Organspender werden**

Wenn es nach dem Bundesrat und einer großen Gruppe Abgeordneter des Bundestags geht, muss man künftig nachweisbar dokumentiert haben, dass man kein Organspender ist, um zu vermeiden, dass einem bei Ableben die Organe entnommen werden. Um den Nachweis sicher zu führen, muss man zwingend das Internet und eine Identifikations-App nutzen.

Der Bundesrat hat im Juli 2024 eine Gesetzesinitiative beschlossen, wonach die Beweislast hinsichtlich der Bereitschaft zum Organspenden umgekehrt wird. Nicht mehr diejenigen, die die Organe eines dem Tode Nahen entnehmen wollen, müssen beweisen, dass er freiwilliger Organspender ist, sondern er muss durch einen Eintrag im Organspende-Register sichergestellt haben, dass die Ärzte dort nachlesen können, dass er kein Organspender ist. Man kann den Widerspruch auch auf anderen Wegen erklären, aber so verlässlich wie das Organspende-Register sind diese nicht. Die Ärzte müssen zuerst dort nachschauen. Wenn dort nichts steht und kein Organspendeausweis und keine Verwandten vor Ort sind, dürfte der Nachforschungseifer begrenzt sein.

Quelle: [Norbert Häring](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** Das erinnert an [den Film Coma](#).

### 13. **Der Vibe Shift hat jetzt ein Magazin**

Mit «Glut» macht Jan A. Karon klassischen Magazinjournalismus. Nur eben von rechts. Das sollte auch links der Mitte interessieren.

Jan A. Karon ist aktuell einer der interessantesten Journalisten in Deutschland. Er kommt von weit rechts und kommt nicht zur Ruhe. Sein Profil auf X ist vollgeschrieben mit Abhandlungen über ein Deutschland, das in seinen Augen fünf Minuten vor Intensivstation steht, und gleichzeitig schreibt er nun sein eigenes Magazin «Glut» voll, das er gemeinsam mit seinem Kollegen Björn Harms gegründet hat und das Ende September an den Start ging, «ein Online-Magazin für investigativen Journalismus», so Karon auf X.

Ich hatte bis heute das Gefühl, zumindest in der Schweiz, dass sich die rechte Leserschaft – anders als ihre Financiers wie Tito Tettamanti – nicht wirklich für klassischen Magazin-Journalismus interessiere (siehe zum Beispiel die Verwandlung der «Weltwoche» in ein erfolgreiches Videoformat), und das gerade macht Karon interessant, denn genau das ist sein Anspruch: Magazinjournalismus von rechts mit einem jungen Personal, ohne Mäzen, finanziert über Spenden und Abos. Entweder geht das Teil innerhalb von zehn Monaten unter, weil die Leser nicht kommen oder das Personal fehlt, oder wir befinden uns tatsächlich in einem Vibe Shift, einem Wandel des Zeitgeists, mit einer neuen Generation rechter Magazinjournalisten, über den wir links der Mitte noch staunen werden.

Quelle: [Infosperber](#)

### 14. **Ominöse “Ösi-Agentur” bot AfD Wahlkampf im Jörg-Haider-Stil an**

Mails aus den AfD-Leaks zeigen, wie sich die “New Network Communications” für den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern bewarb. Hinter ihr steckt angeblich ein Jörg-Haider-Berater

Er sei einer der “Strategen und ‘Masterminds’ hinter dem Erfolg Jörg Haiders und der ‘alten FPÖ’” gewesen, nun wolle er der AfD helfen: So präsentierte sich Cornelius „Cornel“ R. im November 2020 beim AfD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Für 13.400 Euro pro Monat wollte R.s „New Network Communications“ (NNC) ein Rundum-Paket für die Begleitung der anstehenden Landtagswahl liefern. Das geht aus dem AfD-Leak hervor. Im Landesvorstand im November 2020 war die “Ösi-Agentur”, wie es in internen Mails hieß, jedenfalls Thema.

Quelle: [der Standard](#)

### 15. **Wie möchten wir leben?**

Wir schimpfen über alles, was nicht gut läuft in Deutschland. Darüber zu reden, wie wir uns die Zukunft wünschen, ist hingegen gar nicht so einfach.

Sind wir wirklich den gesellschaftlichen Verhältnissen ohnmächtig ausgeliefert und können nichts ändern? Inspiriert von der Milei-Konferenz im Frühjahr 2026 in der

Nähe von Leipzig hatte jemand die Idee, unter ganz normalen Menschen über Vorschläge für eine gute Zukunft zu sprechen. Auf der Milei-Konferenz war ein Spektrum libertärer Impulse vorgestellt worden. Andere Gesellschaftsbilder führen zu anderen Zukunftsvorstellungen. Sich darüber auszutauschen, liegt sozusagen in der Luft angesichts des um uns herum erlebten Umbruchs und Niedergangs von Werten und Konventionen. Der Initiator hatte die Auflösung gesellschaftlicher Strukturen nach dem Ende der DDR erlebt. Die schnelle Übertölpelung der Runden Tische und der anderen Ideenschmieden, die im Jahr 1990 an Konzepten für neue gesellschaftliche Strukturen arbeiteten, beeinflusst sein Leben bis heute. Ein neuer gesellschaftlicher Zusammenbruch oder zumindest ein tiefgreifender Wandel ist absehbar. Um diesmal besser darauf vorbereitet zu sein und sich das Heft des Handelns nicht wieder so schnell aus der Hand nehmen zu lassen, müssen die Menschen klare Vorstellungen haben, wie sie sich ihr Leben in Zukunft vorstellen.

Quelle: [Freie Medienakademie](#)